

„2021 soll ein Klimawahljahr werden“

Aktivisten aus OWL fordern, dass die Belange der Natur trotz der Pandemie berücksichtigt werden müssen. Anlass ist nicht zuletzt das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutz.

Matthias Bungeroth

■ **Lemgo/Detmold.** Es ist ein leidenschaftlicher Appell, mit dem sich fünf Frauen und Männer aus Lippe an die Öffentlichkeit wenden. „Wir möchten, dass 2021 ein Klimawahljahr wird“, sagt die Lemgoerin Naomi Brendler von Fridays for Future. Die Sorge sei groß, dass die Corona-Pandemie die wichtigen Belange der Klimapolitik in den Hintergrund dränge. Doch das darf nach ihrer Ansicht nicht passieren, wie das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Klimapolitik der Bundesregierung gezeigt habe. Beispiele für Handlungsdruck gibt es auch in Ostwestfalen-Lippe. Eine Bestandsaufnahme in Stichworten:

KLIMANEUTRALITÄT

„Nötig wäre eine Klimaneutralität bis zum Jahr 2035“, sagt Brendler im Gespräch mit dieser Zeitung. Die Bundesregierung strebe dieses Ziel für 2050 an, „was zu spät ist“, wie Brendler betont. Doch ein noch ehrgeizigeres Ziel lasse sich nur mit vereinten Kräften vorantreiben. Man sei hierüber mit den Jugendorganisationen der Parteien im Gespräch, um das Tempo auf diesem Gebiet zu erhöhen. In der Stadt Münster etwa habe man ein solches Ziel formulieren und mit konkreten Maßnahmen hinterlegen können. So etwas fordert Brendler auch für OWL-Kommunen ein. Uwe Vogel warnt: „Ich habe die Sorge, dass die Menschen sich zurücklehnen und in ihren Verdrängungsmodus einziehen.“ Dies müsse unbedingt verhindert werden.

WALDZUSTAND

Mehr als besorgt zeigt sich der Detmolder Ulf Allhoff-Cramer über den Zustand der Wälder in OWL und den Nachbarregionen. „Wir erleben Veränderungen in den Wäldern, die für alle Waldbauern unvorstellbar und katastrophal sind“, sagt Allhoff-Cramer, der selbst Wald im Sauerland besitzt. „Wir werden die Nadelwälder komplett verlieren und die Laubwälder sind schwer krank“, ist seine dramatische Analyse. Für Zehntausende private Waldbesitzer sei dies



Ein symbolhaftes Bild: Das Hermannsdenkmal inmitten eines durch den Klimawandel zerstörten Waldes

FOTO: HEINER KRÜGER

„existenzgefährdend“. Eine Umstrukturierung des Baumbestandes sei „mit großen Unsicherheiten verbunden“, da niemand wisse, welche Baumarten jetzt noch eine Perspektive hätten. Folge: „Die Wälder sind kein Retter mehr in der Klimakrise, denn sie können kein CO₂ mehr aufnehmen.“ Der Schaden werde irreversibel. „Die Politik hat in dieser Thematik komplett versagt“, sagt Allhoff-Cramer. Ein geplantes Klimabündnis von Waldbauern soll den Fokus in der Debatte auf diese Aspekte lenken. Auch Stadtwälder litten unter dem Klimawandel. So sei der Lemgoer Wald bereits zu 30 Prozent abgestorben. „Ein grauiser Anblick.“

ENERGIESEKTOR

Auch hier ist nach Ansicht der Aktivisten aus Lippe im Sinne der Klimaneutralität einiges schiefgelaufen. „Wie kann es sein, dass NRW weiter eine so

große Menge an Braunkohle verfeuert?“, fragt Allhoff-Cramer. Man müsse die Chance wahren, dass sich die Erde um nicht mehr als 1,5 Grad weiter erwärme. Heiner Krüger aus Leopoldshöhe, Aktivist bei Extinction Rebellion, zeigt sich über die aktuelle Lage besorgt: „Ich habe das Gefühl, dass unsere Lebenswelt erodiert.“ Er fürchtet, dass wirksame Maßnahmen in der Klimapolitik nur schwer realisierbar seien. „Eine Partei, die diese Maßnahmen ergreifen würde, würde sofort abgewählt“, sagt Krüger. Vogel erinnert daran, dass Kanzlerin Angela Merkel schon vor sieben Jahren vor den Folgen des Klimawandels gewarnt habe. „Aber sie hat nicht danach gehandelt.“ Auch die geplanten Windräder auf dem Kamm des Teutoburger Waldes müssten unter Beteiligung der Bürgerschaft diskutiert werden. Brendler: „Ich fände es sehr

schade, wenn der angedachte Nationalpark dadurch gefährdet würde.“

CO₂-ABGABE

Es sei wichtig, Geld aus der CO₂-Steuer an Schwächere in der Gesellschaft zurückzugeben. Vogel: „Die Politik muss ihre Maßnahmen an einen sozialen Ausgleich koppeln.“ Nur so habe die Klimapolitik am Ende Aussicht auf Erfolg und Akzeptanz. Doch Handeln sei gefragt. Dazu sagt Allhoff-Cramer: „Wir leben in einer Klimanotstandssituation.“ Die Detmolderin Petra Blume, Mitglied bei Lippe for Future, mahnt zudem, es reiche nicht aus, diesen Notstand auszurufen, es müsse auch etwas passieren. „Selbst die Grünen machen nicht das, was die Wissenschaftler für richtig erachten“, ist ihre Meinung. Es müsse einen verstärkten Dialog der Politik mit der Bürgerschaft geben, fordert sie zudem ein.

VERKEHR

Der Regionalplan für den Regierungsbezirk Detmold, der die Ziele für die Entwicklung der Region bis zum Jahr 2040 festschreibe und der derzeit in der Anhörung sei, setze noch zu viel auf weiteren Flächenverbrauch, etwa für Siedlungen oder Verkehrsprojekte, kritisiert Vogel. Er fügt hinzu: „Umgehungsstraßen befeuern eine Politik des ‚weiter so‘.“ Doch was hätten die neuen Straßen bisher gebracht, fragt sich der engagierte Klimaschützer. Seine Antwort: im Ergebnis stets eine Ausweitung des Individualverkehrs. „Wir müssen aufhören den Verkehr einfach nur zu verschieben“, ist deshalb Vogels Forderung. Es brauche einen gut ausgebauten Nahverkehr und P+R-Systeme. Deshalb setzt sich Vogel für den Erhalt des Ilsetals bei Lemgo und gegen eine geplante Nordumgehung dort ein. > Kommentar